

LINKS SO

Mitgliederzeitung der SP Schweiz
172 · Ausgabe SO · Oktober 2017



Für mehr Entlastung

DIE SOLIDARITÄT IST FÜR DIE SCHWEIZ EINE WICHTIGE HALTUNG, WELCHE UNS IN DER VERGANGENHEIT WOHLSTAND UND EXISTENZSICHERHEIT BESCHERTE. LEIDER GERÄT DIESER HALTUNG IMMER MEHR DURCH PROFITDENKEN UND INDIVIDUALISMUS UNTER DRUCK, WAS LETZTENDLICH DEN GESELLSCHAFTLICHEN ZUSAMMENHALT GEFÄHRDET.

Am 24. September hätte unser Rentensystem gesamthaft sozial und mit Vorteilen für fast alle modernisiert werden können. Leider ist es den Wirtschaftsverbänden, gemeinsam mit ihren verbündeten Rechtsparteien gelungen, die Generationen gegeneinander auszuspielen und damit ein knappes Nein zu dieser wichtigen Vorlage herbeizuführen. Damit leisteten sie ihrer Klientel, der Privatasekuranz und den vielen «Pensionskässelern», welche mit der Altersvorsorge Millionengeschäfte machen, einen grossen Gefallen.

Schaut man genauer hin, war dieses Nein jedoch nicht gegen einen Ausbau der AHV gerichtet, sondern vielmehr ein Protest von Rentnerinnen und Rentnern, die bereits heute Mühe haben, mit ihrer Altersvorsorge über die Runden zu kommen, sowie der Frauen, die sich gegen die Erhöhung des Rentenalters wehrten, weil sie trotz Gleichstellungsgesetz immer noch weniger verdienen als ihre männlichen Arbeitskollegen. Und trotzdem zeigen die Abstimmungsresultate eines ganz klar: Die Zusatzfinanzierung der AHV über die Mehrwertsteuer scheint für viele ein gangbarer, solidarischer Weg. Die Gegner der Vorlage sind nun in der Pflicht, einen Vorschlag zur Vorsorgesicherung vorzulegen, der diesen Forderungen gerecht wird. Zudem gilt es, die Prämienlast für die Pensionskasse so zu gestalten, dass die älteren Arbeitnehmenden nicht benachteiligt sind, wie dies heute der Fall ist. Die Krankenkassenprämien belasten die mittleren und tiefen Einkommen im-

mer mehr. Auch für das kommende Jahr sind Prämien erhöhungen um fast vier Prozent angesagt. Im Gegenzug zu dieser Entwicklung sinken die finanziellen Mittel für die Prämienverbilligung im Kanton Solothurn stetig. Während im Jahre 2010 noch rund 69 Millionen Franken für die ordentliche Prämienverbilligung zur Verfügung standen, beträgt diese für das Jahr 2017 voraussichtlich nur noch 45 Millionen Franken. Dies nicht zuletzt, weil die stetig steigende Anzahl von Prämien säumiger Prämienzahler ebenfalls aus diesem Topf an die Krankenkassen bezahlt wird. Andererseits bezieht der Kanton, aus Spargründen, nicht die vollen vom Bund zur Verfügung gestellten Mittel für die Prämienverbilligung. Eine von der SP geforderte Entkoppelung der nicht bezahlten Prämien vom Topf der Prämienverbilligung wurde vom Kantonsrat abgelehnt. Deshalb fordert die SP, gemeinsam mit den Gewerkschaften den Regierungsrat mit einer Petition auf, die Prämienverbilligung so zu gestalten, dass die Belastung durch Krankenkassenprämien für Haushalte mit mittleren und tiefen Einkommen spürbar abnimmt.

Nach der wichtig abgelehnten Unternehmenssteuerreform III legt der Bundesrat nun die Steuervorlage 17 auf. Es geht dabei darum, Steuerprivilegien für internationale Konzerne abzubauen und gleichzeitig hier ansässige Unternehmen steuerlich zu entlasten. Damit diese Vorlage vom Stimmvolk angenommen werden kann, sind für die kantonale Umsetzung flankierende Massnahmen, welche

von den Unternehmen berappt werden, unabdingbar. Die Erhöhung der Kinder- und Familienzulagen, Beiträge an bezahlbare Kinderbetreuungsplätze, arbeitsplatzerhaltende Massnahmen durch betriebliche Bildung sowie Steuersenkungen für untere und mittlere Einkommen sind dafür geeignete Massnahmen. Zudem muss die Regierung klar aufzeigen, welche Auswirkungen diese Steuerreform für die Gemeinden und damit für die Bevölkerung zur Folge hat.

Markus Baumann, Präsident des Gewerkschaftsbundes und Kantonsrat aus Derendingen, markus.baumann@unia.ch

Während im Jahre 2010 noch rund 69 Mio. Franken für die ordentliche Prämienverbilligung zur Verfügung standen, beträgt diese für das Jahr 2017 voraussichtlich nur noch 45 Mio. Franken.

Sessionsbericht: Familien stärken Steuergerechtigkeit schaffen



Mathias Stricker,
Kantonsrat aus Bettlach
mathias.stricker@bluewin.ch

In der Septembersession des Kantonsrates setzte sich die SP/Junge SP-Fraktion für Familien, Bildung und Steuergerechtigkeit ein. Bereits im Juni 2016 lancierte die SP drei Volksaufträge für die Ausarbeitung einer kantonalen Steuerstrategie zur Unternehmenssteuerreform. Gefordert werden darin: höhere Kinder- und Familienzulagen. Keine Steuersenkung ohne Stärkung der Kaufkraft. Mit einer Erhöhung der Kinder- und Familienzulagen, mit Beiträgen an bezahlbare Kinderbetreuungsplätze und der Erhöhung der Krankenkassenprämienverbilligung soll die Kaufkraft erhöht und der Wohlstand für Menschen mit unteren und mittleren Einkommen spürbar verbessert werden.

SP will stärkere Bildung

Keine Steuersenkung ohne Bekenntnis zu einer starken Bildung für alle. Der Regierungs-

rat soll ein Massnahmenpaket zur Förderung der Bildung in Unternehmen präsentieren, welches der Arbeitsplatzsicherung dient.

SP will mehr Steuergerechtigkeit

Keine Steuersenkung ohne Steuergerechtigkeit. Die Steuern für untere und mittlere Einkommen sind im Kanton Solothurn im Vergleich mit anderen Kantonen sehr hoch.

Erfolgreiche SP-Volksaufträge

Der Solothurner Kantonsrat hat jetzt in der Septembersession alle drei SP-Volksaufträge als Prüfungsaufträge mit solider Mehrheit angenommen. Markus Baumann (SP), Dendingen, betonte in der Debatte, die Ablehnung der USR III habe gezeigt, dass die Bevölkerung ohne flankierende Massnahmen nicht ins Boot zu holen sei. Die Wirtschaft müsse in Zusammenarbeit mit dem Staat in die Bildung investieren, forderte Franziska Roth (SP), Solothurn, das stärke die Wirtschaft und die Arbeitsplatzsicherheit. Gefordert seien Nachholbildung und Nachqualifikationen. Mit der Digitalisierung stünden grosse Herausforderungen vor der Tür, erwähnte Urs von Lerber (SP), Luterbach, darum seien Investitionen in die Weiterbildung wichtige Zeichen für die Zukunft. Simon

Bürki (SP), Biberist, führte anschaulich aus, dass die unteren und mittleren Einkommen im Kanton Solothurn im Vergleich zu den anderen Kantonen immer noch viel zu hoch besteuert werden.

SP fordert nun flankierende Massnahmen

Auch wenn es sich um Prüfungsaufträge handelt, stimmt nun die von der SP geforderte Strategie «Keine Steuerstrategie ohne flankierende Massnahmen». Die SP wird ab sofort mit Argusaugen darauf achten, dass die kantonale Umsetzung der Steuervorlage 2017 (SV 17) im Sinne des Volkes, welches im Kanton Solothurn die USR III mit 66 % abgelehnt hat, umgesetzt wird. Dank der positiven Aufnahme dieser Forderungen durch den Kantonsrat steht nun der Weg offen, angemessene flankierende Massnahmen zu treffen, welche keine Verlierer hinterlassen.

Mehr Prämienverbilligung für kleine und mittlere Einkommen

In einem weiteren Vorstoss versuchte die SP/Junge SP die Finanzierung von Verlustscheinen aus der Prämienverbilligung (PV) zu stoppen. Der Kanton ist verpflichtet, nicht einbringbare KVG-Prämien und Kostenbeteiligungen sowie Verzugszinsen und Be-



Urs Huber, Kantonsratspräsident 2017, im Gespräch mit einer Interessierten zum Thema Prämienverbilligungen.

en, Arbeitsplätze sichern,

treibungskosten zu übernehmen. Nur 15 % tragen die Krankenversicherer selbst. Die Erfahrungen aus den Jahren 2012 bis 2017 zeigen, dass der Aufwand für den Kanton zur Deckung dieser Verlustscheine kontinuierlich von 6 Mio. auf bis zu 10 Mio. Fr. zugenommen hat. Die verfügbaren Mittel für die ordentliche PV werden dadurch erheblich geschmälert. Umso mehr, als die Krankenkassenprämien ständig steigen. 2010 standen für Familien und Einzelpersonen mit kleinen und mittleren Einkommen noch 69,5 Mio. Fr. für die PV zur Verfügung, 2017 sind es nur noch 45,2 Mio. Fr.

Ungerechtigkeit bleibt weiterhin bestehen
Anna Rüefli (SP), Solothurn, zeigte in ihrem Votum auf, dass mit der Finanzierung der Verlustscheine aus der allgemeinen Staatskasse für die ordentliche PV wieder mehr Mittel verfügbar wären und die nicht sachgerechte Koppelung der Finanzierung der PV und der Verlustscheine beseitigt würde. Familien und Einzelpersonen sollen nicht dafür geradestehen müssen, dass andere ihre Prämien nicht mehr bezahlen können oder wollen. Leider unterstützte die Mehrheit des Kantonsrates das Anliegen nicht, diese Ungerechtigkeit bleibt vorderhand bestehen.

Keine ungerechten Gebühren für Sanierung des Stadtmistes
Grundsätzlich unterstützte die SP/Junge SP die vorgeschlagenen Änderungen beim Gesetz zum Wasser, Boden und Abfall. Die verschiedenen Anpassungen an die revidierte Gewässerschutzordnung des Bundes sind nötig und sinnvoll. Nicht einverstanden war aber die SP/Junge SP, dass für die Sanierung von Altlasten Abgaben bzw. Gebühren erhoben werden können. Im Klartext: Gemeint ist vor allem auch die Sanierung des Stadtmistes Solothurn. Eine solche Bestimmung widerspreche dem Verursacherprinzip, so Markus Ammann (SP), Olten. Die Gemeinde als Gemeinwesen bzw. die öffentliche Hand als Ganzes sei dafür verantwortlich und nicht der heutige Abfallverursacher. Und das bedeute nichts anderes, als dass die Finanzierung über allgemeine Steuermittel erfolgen müsse. Die Finanzierung einer Aufgabe der Allgemeinheit über eine praktisch für alle gleich hohe Abgabe unter völliger Missachtung ihrer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit sei unsozial. Die SP/Junge SP wehrte sich erfolgreich: 60:33 Stimmen lautete das Ergebnis gegen diese zweckgebundene Sonderabgabe.

Kantonsratsausflug in Region von Urs Huber
Anlässlich des traditionellen Kantonsratsausfluges – organisiert von Kantonsratspräsident Urs Huber (SP), Obergösgen – wurde der untere Kantonsteil besucht. Schauplätze

waren das Schloss Wartenfels in Lostorf, die Gewässerschutzmassnahmen an der Aare zwischen Winznau und Obergösgen, der Eppenbergtunnel bei Wöschnau sowie die Firma Schenker-Storen in Schönenwerd.

MITMACHEN AM SAMMELTAG!

In der letzten Ausgabe der Mitgliederzeitung «Links» haben wir die «Petition für bezahlbare Krankenkassenprämien» vorgestellt, sie begründet und angekündigt, bis Ende Oktober so viele Unterschriften wie möglich sammeln zu wollen. An der Herbstmesse in Solothurn konnten wir 1043 und an der Messe in Olten 215 Unterschriften sammeln – das ist ein Grosse Erfolg. Am 4. November, kurz vor der Einreichung an den Regierungsrat, führen wir zusätzlich noch einen kantonalen Sammeltag durch. Die Sektionen sind eingeladen dafür eine Standaktion durchzuführen, damit wir möglichst eine grosse Anzahl Unterschriften zusammenbringen. Melde dich bei deiner Sektion oder lade den Unterschriftenbogen auf www.sp-so.ch herunter, sammle in deinem Quartier Unterschriften und schick diese bis Ende Oktober an: SP Kanton Solothurn, Postfach 1555, 4502 Solothurn – herzlichen Dank!

WETTBEWERB AN DER HESO UND MIO

Am erstmals gemeinsam durchgeführten Wettbewerb nahmen 939 Personen teil. 873 Personen wussten die richtigen Antworten und nahmen an der Verlosung teil. Den 1. Preis (Übernachtung für 2 Personen) gewann Jelena Nikolic aus Welschenrohr, den 2. Preis (Bundeshausführung mit Essen) Markus Rothenbühler aus Zuchwil und den 3. Preis (Büchergutschein im Wert von 100.–) Doris Senn aus Olten. Die Gewinnerinnen und der Gewinner sind nicht SP-Mitglieder. Wir gratulieren ganz herzlich. Von allen Teilnehmenden zeigten sich knapp 300 Personen an der SP interessiert.

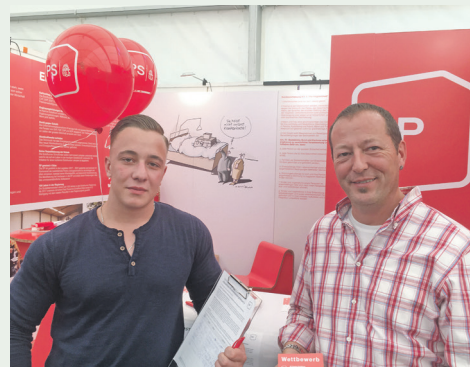


TRIMBACH HAT EINEN NEUEN GEMEINDEPRÄSIDENTEN

Mit einem grossen Vorsprung von 235 Stimmen hat die Trimbacher Bevölkerung mit Martin Bühler ihren neuen Gemeindepräsidenten gewählt. Er erreichte 547 Stimmen und distanzierte die drei Konkurrenten deutlich. Trimbach bleibt nach 8 Jahren mit Karl Tanner (SP) auch die nächsten vier Jahre in roter Hand. Kari, grossen Dank für deine Arbeit. Martin, viel Erfolg im hohen Amt.



Impressionen von der HESO und der MIO



herbstzeitlos oder Die Herbstzeitlosen

Wenn die HESO- und MIO-Zelte abgebrochen sind, wird klar: Es ist Herbst. So sicher, wie nun die Blätter von den Bäumen fallen, so sicher folgen nun die jährlichen Lohnverhandlungen zwischen den Sozialpartnern sowie die Budgetprozesse; auch auf Gemeinde-, Kantons- und Bundesebene.

Die Wirtschaft ist recht stabil unterwegs und nicht wenige Betriebe geben trotz geringer Teuerung dem Druck der Gewerkschaften nach: In einige Portemonnaies soll ab 2018 endlich mehr Lohn fließen. Verantwortungsbewusste Arbeitgeber anerkennen, dass Erfolg nur dank dem Einsatz von motivierten Mitarbeitenden möglich ist.

Doch ist unklar, was von einem allfälligen Geldsegen wirklich übrigbleibt. Mit der Petition «Bezahlbare Krankenkassenprämien!» wollen wir als SP SO die steigenden Prämien deckeln – mit einer wirksamen Prämienverbilligung.

Die gute Qualität der öffentlichen Leistungen sichern wir mit fairer Besteuerung auch von Vermögenserträgen. Die «rote Karte» zeigen wir den Sparaposteln, welche eine Erosion der staatlichen Leistungen für die BewohnerInnen provozieren und damit den sozialen Frieden gefährden. Jeglicher Diskriminierung von Andersdenkenden, -glaubenden, -empfindenden bieten wir die Stirn und tauschen uns querbeet aus. Dem lädierten AKW Gösgen läuten wir das

MEIN STANDPUNKT

Philipp Hadorn, Nationalrat und Gewerkschafter SEV, www.philipp-hadorn.ch

«Totenglöcklein», weil wir eine erneuerbare Zukunft kennen. Der AHV, dem Eckpfeiler unseres Generationenvertrages, gilt es jetzt erst recht neue Flügel zu verleihen. Und es darf weder der öV durch «Brummer» ersetzt noch wegen Angst vor Kosten ein sanierungsbedürftiger Tunnel aufgegeben werden.

Ja, es ist Herbst: Unser Einsatz gilt Blühenden, aber auch Knospen und Verblühenden – vielleicht ist dies das Geheimnis der «Herbstzeitlosen». Die Chancengleichheit für alle ist das Ziel unserer zeitlosen sozialdemokratischen und gewerkschaftlichen Bewegung – auch im aktuellen Herbst!

